

Antrag

der Abgeordneten Dr. Alexander S. Neu, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Matthias W. Birkwald, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Nicole Gohlke, Annette Groth, Heike Hänsel, Dr. Rosemarie Hein, Inge Höger, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Ralph Lenkert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Henry-Kissinger-Stiftungsprofessur an der Universität Bonn verhindern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Im Mai 2013 wurden anlässlich des 90. Geburtstags von Henry Kissinger Pläne zur Einrichtung einer „Henry-Kissinger-Professur für Internationale Beziehungen und Völkerrechtsordnung unter besonderer Berücksichtigung sicherheitspolitischer Aspekte“ an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn in die Öffentlichkeit getragen. Beabsichtigt ist, mit der Einrichtung einer solchen Professur den ehemaligen Nationalen Sicherheitsberater und US-Außenminister Henry Kissinger zu ehren. Nach den bisher bekannt gewordenen Planungen soll die Einrichtung der Professur vom Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium der Verteidigung fünf Jahre lang gemeinsam getragen werden. Die Professur soll nach den Worten des Rektors der Universität Bonn „einen neuen Akzent auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik“ setzen. Die mit der offiziellen Vorstellung des Projekts verbundene Aussage des ehemaligen Verteidigungsministers de Maizière, mit der Professur solle sichergestellt werden, „dass die außerordentlichen Leistungen Henry Kissingers auf den Gebieten der Diplomatie, Strategie und der transatlantischen internationalen Beziehungen die sicherheits- und verteidigungspolitische Debatte dauerhaft beflügeln“, ist von einer beängstigenden Dimension: Die gegen Henry Kissinger erhobenen Vorwürfe schwerster Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen konnten bis heute nicht ausgeräumt werden. Der US-Politiker Henry Kissinger ist als Identifikationsfigur für eine an rechtsstaatlichen Grundsätzen und dem Völkerrecht ausgerichtete akademische Einrichtung nicht geeignet.
2. Der Name Kissinger steht maßgeblich für eine geostrategisch motivierte aggressive Außenpolitik, Destabilisierung politisch missliebiger Staaten, expansive exterritoriale Aktivitäten des US-Geheimdienstes CIA, Unterstützung gewaltsamer Regime Changes, menschenrechtsverletzender Diktaturen und völkerrechtswidrige Invasionen: Als Nationaler Sicherheitsberater des US-Präsidenten Richard Nixon koordinierte Henry Kissinger Aktivitäten, die auf einen gewaltsamen Umsturz in Chile abzielten und den Militärputsch vorbereiteten, durch den Präsident Allende 1973 gestürzt wurde sowie in dessen Kontext er ums Leben kam. In Kissingers Zeit als Nationaler Sicherheitsberater fal-

len auch die Bombardierung der neutralen Staaten Laos und Kambodscha während des Vietnamkriegs. Kissinger plante und überwachte die Operationen. Heute wird angenommen, dass 350 000 Laoten und 600 000 Kambodschaner bei diesen Angriffen getötet wurden. Kissinger autorisierte die Invasion Indonesiens in Osttimor 1975. Seit Mitte der 70er-Jahre waren und sind in mehreren Staaten Gerichtsverfahren gegen Kissinger anhängig. Henry Kissinger hat sich niemals einem Verfahren gestellt.

3. Der Allgemeine Studierendenausschuss sowie das Studierendenparlament der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn wenden sich ebenso gegen die Pläne zur Einrichtung der Professur wie zahlreiche Vertreter der Zivilgesellschaft, die Gewerkschaft ver.di, Friedensinitiativen, Bürger- und Menschenrechtsorganisationen.
4. Die Unterstützung der Einrichtung einer „Henry-Kissinger-Professur für Internationale Beziehungen und Völkerrechtsordnung“ durch das Auswärtige Amt und das Bundesministerium der Verteidigung bedeutete die Anerkennung einer Politik, die für regionale Destabilisierung, Völkerrechtsverletzungen und den Primat der Gewalt in den internationalen Beziehungen steht.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

Pläne zur Unterstützung der Einrichtung einer Henry-Kissinger-Stiftungsprofessur nicht weiter voranzutreiben, jegliche Beteiligung an dem Vorhaben einzustellen und die Einrichtung einer solchen Professur auch nicht auf sonstige Weise zu fördern.

Berlin, den 6. Mai 2014

Dr. Gregor Gysi und Fraktion